

Schönburger Tageblatt

und Waldenburger Anzeiger.

Er scheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Annahme von Inseraten für die nächstfolgende Nummer bis Vormittags 11 Uhr.
Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 1 Mk. 60 Pf., monatlich 55 Pf.
Einzelne Nr. 10 Pf. Inserate pro Zeile 10 Pf., für auswärtig 15 Pf.

Filialen: in Mittelswaldburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Strumpf; in Kaufungen bei Herrn Fr. Janaschek; in Langenschürsdorf bei Herrn D. Stiegler; in Benig bei Herrn Helm Dähler; in Wollenburg bei Herrn Herrn Wildenhain; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirsten.

Veranstaltung Nr. 9. Amtsblatt für das Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Waldenburg.

Zugleich weit verbreitet in den Städten **Benig, Lunzenau, Lichtenstein-Callenberg** und in den Dörfern der nachstehenden Standesamtsbezirke:
Mittelswaldburg, Bräunsdorf, Callenberg, Ehrenhain, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenschürsdorf, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Delsnitz i. E., Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wollenburg und Ziegelheim.

Nr. 230.

Freitag, den 2. Oktober

1908.

Barometerstand 770 mm reduziert auf den Meeresspiegel. **Thermometerstand** + 20° C. (Morgens 8 Uhr + 10° C. Tiefste Nachttemperatur + 7,5° C.) **Feuchtigkeitsgehalt** der Luft nach Lambrechts Polymeter 56%. **Taupunkt** + 11,5° C. **Windrichtung:** Süd. **Niederschlagsmenge** in den letzten 24 Stunden bis früh 7 Uhr: 0,0 mm. **Daher Witterungsaussichten** für den 2. Oktober: Meist heiteres Wetter.

Waldenburg, 1. Oktober 1908.

Der Zwischenfall in Casablanca, in welchem drei deutsche Deserteure, die sich unter dem Schutz des deutschen Konsulats begeben hatten, von den Franzosen gefangen genommen wurden, hat die internationale Lage erheblich verschärft. Die ganze Angelegenheit fordert gebieterisch die Betätigung der größten Energie von deutscher Seite. Unser nationales Ansehen ist dabei in so starker Weise beteiligt, daß wir die Wirkung in unserer gesamten Weltpolitik früher oder später zu kosten bekämen, wenn von deutscher Seite nicht mit der größten Bestimmtheit auf einer völlig ausreichenden Sühne für diesen Rechtsbruch bestanden würde.

Nach dem bisher bekannt gewordenen, von den deutschen Konsulatsbeamten und fremden Presseberichterstattern bestätigten Vorgänge der Angelegenheit ist französischerseits zweifellos ein Rechtsbruch begangen worden. Nachdem einmal die deutschen Deserteure auf dem deutschen Konsulat in Casablanca eingetroffen waren und dort Aufnahme gefunden hatten, befanden sie sich nach den anerkannten völkerrechtlichen Bestimmungen über die Extraterritorialität auf deutschem Boden und genossen fortan das deutsche Schutz- und Asylrecht, von dem sie auch auf dem Transport zum Hafen zum Zwecke der Einschiffung auf dem deutschen Dampfer umfaßt wurden. Die Franzosen hatten daher keinesfalls ein Recht, sich der aus der Fremdenlegion desertierten deutschen Staatsuntertanen unter solchen Umständen zu bemächtigen.

Der von französischer Seite begangene internationale Rechtsbruch verwickelt sich noch bedeutend durch den damit verbundenen Gewaltakt gegen deutsche Konsulatsbeamte und durch den weiteren Umstand, daß gewisse Begleiterscheinungen auf einen von langer Hand vorbereiteten Plan der französischen Militärbehörde in Tanger hindeuten. Es würde sich danach also nicht bloß um ein plötzliches impulsives Vorgehen einzelner untergeordneter Elemente, sondern um einen regelrechten Anschlag höherer Stellen handeln. Gerade der letztere Punkt wird schonungslos klargestellt werden müssen.

Schon längst sind schwere deutschfeindliche Ausschreitungen französischer Offiziere in Marokko bekannt geworden, ohne daß unsere Regierung mit der nötigen Energie dagegen eingeschritten wäre. Deutsche Schutzbriefe sind zerrissen und mit Füßen getreten, ihre Inhaber mißhandelt, deutsche Hoheitszeichen verunglimpft worden; und zu alledem hat sich jetzt auch die Bedrohung eines deutschen Konsulatsbeamten durch einen französischen Offizier gestellt, der ihm die Mündung eines Revolvers auf die Stirn setzte, aus keinem anderen Grunde, als weil der Vertreter der deutschen Hoheitsrechte in Casablanca gegen den willkürlichen Völkerrechtsbruch der Franzosen energische Verwahrung erhob. Das Maß ist also voll. Die französische Presse setzt sich ebenso wie der General d'Amade bei alledem auch noch auf das hohe Pferd und erklärt, in Casablanca herrsche Kriegszustand und „deshalb“ könne der deutsche Hoheitsanspruch nicht anerkannt werden. Das ist natürlich eine ganz unmögliche Beweisführung, denn auf keinen Fall dürfen deutsche Konsulatsbeamte von französischen Offizieren mit dem Revolver bedroht, deutsche Konsulatsbeamte mißhandelt und deutsche Schutzbefohlene gewaltsam befreit werden.

Die ganze Angelegenheit, so bemerken dazu die „Dr. Nachr.“, schreit förmlich nach einer deutschen amtlichen Haltung, die die äußerste Festigkeit in der Vertretung der deutschen Genugtuungsforderungen erkennenläßt. Wie aber behandelt unsere offiziöse Presse den Fall? Sie geht von vornherein darauf aus, der Sache ein minderwertiges Aussehen zu geben, indem sie die Ausschreitungen untergeordneter Elemente zur Last legt, für deren Vorgehen der französischen Regierung keine Verantwortung aufgebürdet werden könne. Etwas energischer Töne und namentlich das nachdrückliche Bestehen auf einer ausreichenden Sühne hätte das deutsche Nationalempfinden in einem so schweren Falle von internationaler Rechtsverletzung von offiziöser Seite doch wohl erwarten dürfen. Auch die boreilige Entlastung der

französischen Regierung erscheint deshalb wenig angebracht, weil die Pariser verantwortlichen Stellen bis jetzt auch nicht einen einzigen Beweis von einwandfreier Loyalität gegenüber begründeten Forderungen geliefert haben. Man denke nur an General d'Amade! Als dieser französische Befehlshaber seinerzeit Kemmure unter flagrantem Bruch der Algerias-Akte besetzt hatte, wurde er auf die deutschen Vorstellungen hin zwar von Paris aus formell desavouiert. Gleich darauf erhielt er aber eine hohe Ordensauszeichnung und von seiner zuerst in Aussicht gestellten Abberufung war keine Rede mehr. Unsere Offiziere hätten also wohl erst einmal die weiteren Schritte der französischen Regierung abwarten sollen, ehe sie nach Paris hin ihren Kratzfuß machten.

Vor allem aber möchten die nationalen Kreise nun endlich einmal etwas von der nachdrücklichen Betonung der deutschen Sühneforderungen hören, und nicht bloß immer das matte Gerede von der beiderseitigen Geneigtheit zu einem gütlichen Ausgleich. Deutschland muß unbedingt fordern: 1. Die Herausgabe der widerrechtlich Verhafteten. 2. Die strenge Bestrafung des schuldigen Offiziers. 3. Offizielle Entschuldigung in Berlin. Das Unrecht auf Seiten der Franzosen ist so offenkundig, daß Deutschland die moralischen Sympathien bei diesem Zwischenfall zweifellos auf seiner Seite hat. Um so mehr werden wir nun auch die Gelegenheit ergreifen müssen, um die Klärung von Casablanca gemäß der Algerias-Akte in kürzester Frist zu fordern und damit einem Zustande ein Ende zu machen, unter dessen Herrschaft sich die Franzosen als die unumschränkten Diktatoren Marokkos gebärden und alle fremden Rechte mißachten.

Politische Mundschau. Deutsches Reich.

Das Kaiserpaar besichtigte in Sztittelmén das Johanniter-Krankenhaus. Zum Schluß erfolgte auch die Vorführung des von dem Kaiser geschenkten Königenapparats, wobei die Kaiserin ihre Hand durchleuchten ließ. Auf der Rückfahrt, auf der die Majestäten von dem russischen Gouverneur Stremouchoff begleitet wurden, besuchte der Kaiser die Schule von Rominten und erkundigte sich nach der Benutzung der von ihm geschenkten Volksbibliothek, ob sie in den Wintermonaten viel benutzt worden sei. Weiter wurden das Kinderheim, das neuerbaute Gendarmenhaus und einige Arbeiterhäuser besichtigt.

Im preussischen Abgeordnetenhaus wollen die Polen (15 Mitglieder) und die Sozialdemokraten (6 Mitglieder) in Zukunft sich gegenseitig unterstützen. Sie unterhandeln augenblicklich in diesem Sinne. Die beiden Fraktionen wünschen, weder vom Zentrum noch vom Freisinn abhängig zu sein. Bekanntlich kann ein Antrag nur gestellt werden, wenn ihn mindestens 15 Mitglieder unterstützen. Zum Einbringen von Interpellationen aber, die mindestens von 30 Mitgliedern unterstützt werden müssen, sind beide Parteien zu schwach.

Noch ehe das Enteignungsgesetz angewendet wird, sinken die Güterpreise in der Ostmark. Bei dem Verkauf einer 200 Morgen großen Wirtschaft in Duschno wurden nach der „Dtsch. Korr.“ noch nicht 300 Mk. für den Morgen bezahlt gegen 500 bis 600 Mk. bisher in jener Gegend. Ein 120 Morgen großes Gut in Schlowitz, für das von polnischer Seite vor nicht langer Zeit 110.000 Mk. geboten wurden, kam für 86.000 Mk. zum Verkauf.

Zu der geplanten Nachlasssteuer schreibt ein alter, hochangesehener Landwirt dem Organ des Bundes der Landwirte u. a.: „Als ich vor nunmehr 35 Jahren den väterlichen Besitz antrat, war das Ablösen der Naturalabgaben in vollem Gange. Natürlich war ich in meinem jugendlichen Eifer auch sehr für das Ablösen. Ein alter, tüchtiger Bauer aber fragte mich: „Glauben Sie wirklich, daß das Ablösen der Abgaben auf die Dauer nützt? Wo Lasten sind, scheut man sich, solche dazu zu legen; wo keine sind, werden neue erfunden und aufgelegt!“ Als der Weizen dann dank den Caprivischen Handelsverträgen auf 135 Mk. sank, habe ich

manchmal daran gedacht, daß mir die Ablösungsrente nach einem Preise von 240 Mk. berechnet war und wie schön es doch eigentlich sein müßte, wenn man dem Berechtigten anstatt der blanken Zwanzigmarkstücke das fast unerkäufliche Getreide in natura hinschicken könnte. Noch klarer aber wird mir die Meinung jenes alten Bauern jetzt. Die Renten sind fast abgelöst; aber noch ehe das ganz der Fall ist, will man schon dafür sorgen, daß es dem Bauern ja nicht etwa zu wohl wird. Die Nachlasssteuer, die — darüber sind sich wohl alle, besonders aber ihre Freunde klar — in der Hauptsache von dem bis auf den Quadratmeter nachgemessenen Grund und Boden zu tragen ist, die bietet die prächtigste Gelegenheit, eine neue Rente aufzuerlegen. Die neueste Steuerweisheit gipfelt in dem Satz: Die Rente ist tot, es lebe die Rente!

Der Zusammentritt des Reichstags mußte bis zum 4. November verschoben werden, weil die Arbeiten des Bundesrats bis zum 20. Oktober, dem ursprünglich für die Wiederaufnahme der Reichstagsverhandlungen ins Auge gefaßten Termin, nicht hätten beendet werden können. In welcher Gestalt die einzelnen Steuerentwürfe an die Volksvertretung gelangen werden, steht in allen Details bis zur Stunde noch nicht fest. Es verlohnt sich daher auch nicht, auf immer wieder auftauchende Angaben über Einzelheiten einzugehen. Das Wesentliche ist bekannt.

Oesterreich-Ungarn.

Der Kampf im böhmischen Landtag hat am Mittwoch wieder begonnen. Die Deutschen protestierten gegen die Gültigkeit der Sitzung. Der tschechische Abgeordnete Schwesla hielt eine Brandrede gegen die Deutschen und beschuldigte die Regierung und den Statthalter, die Partei der Deutschen zu ergreifen. Es kam wiederholt zu Zwischenrufen.

Das spanische Königspaar hat München verlassen und trifft am heutigen Donnerstag zum Besuch des Kaisers Franz Josef in Budapest ein. Die Empfangsvorbereitungen sind großartig, die Stadt ist herrlich geschmückt und die Bevölkerung in erwartungsvoller Stimmung — wenn nur die anarchistische Gefahr nicht wäre! Jedenfalls sind die umfangreichsten Vorsichtsmaßregeln getroffen worden.

Frankreich.

An dem deutschen Konsulatsgebäude in Bordeaux wurde ein in einen Leinwandlappen eingewickeltes Quantum Pulver gegen Mitternacht zur Explosion gebracht. Infolge des starken Luftdrucks zerprangen alle Fensterscheiben des Hauses. Personen wurden nicht verletzt. Wahrscheinlich handelt es sich um einen Streich von dummen Jungen. Die Polizei forschte gleichwohl danach, ob im Konsulate vielleicht in jüngster Zeit von einem abgewiesenen Petenten Drohungen ausgeht worden, oder ob es sich um die Tat eines durch die Lektüre chaubinistischer Blätter irrefeleiterten Individuums handelt. Politische Bedeutung hat die Sache nicht.

Frankreich fordert von Mulay Hafid nicht mehr den amtlichen und ausdrücklichen Widerruf des heiligen Krieges, sondern nur noch eine gleichwertige Kundgebung zum Schutze der Europäer gegen Fanatiker. Ferner wird Frankreich gemäß dem von mehreren Mächten geäußerten Wunsche die Kosten für die französische Schajua-Expedition nicht in Rechnung stellen, wodurch die Geldforderung bedeutend niedriger wird. Damit ist die Einigung zwischen Frankreich und allen übrigen Mächten über die Bedingungen für die Anerkennung Mulay Hafids erzielt, so daß diese selbst nur noch eine Frage der Zeit ist. Diese erfreuliche Beschleunigung und verbühliche Erledigung der Angelegenheit ist zum guten Teil dem Umstande zu danken, daß die Deputiertenkammer am 13. d. zusammentritt. Ihre Stimmung gegenüber der Regierung kann durch nichts günstiger beeinflusst werden als durch die Tatsache, daß der Marokko-Wirwar beendet ist.

Italien.

Tittoni und Iswolski, der italienische und der russische Minister des Auswärtigen, haben in Desio lange und viel